

GRENZEN



51°

EDITORIAL

Sie trennen Staaten durch Zäune und Soldaten voneinander und bilden für flüchtende Menschen schwer zu überwindende Hindernisse. Sie trennen soziale Gruppen und festigen ungleiche Verteilungen von Chancen und Teilhabe in der Gesellschaft. Grenzwerte stehen für das kritische Maß an Zumutbarem, sind somit wichtige Indikatoren und können gesellschaftspolitischen Diskussionen Struktur geben. Als politisches oder rechtliches Ordnungsprinzip sind Grenzen unerlässlich und allgegenwärtig. Dort, wo wir uns als Stiftung für mehr Weltoffenheit, Solidarität und Chancengleichheit einsetzen, stoßen auch wir gelegentlich an Grenzen, die wir mit unserer Arbeit abbauen wollen.

So zeigt beispielsweise die Titelgeschichte, dass Kunst und Kultur ein hervorragendes Mittel sind, um soziale Grenzen aufzulösen. Musik und Tanz als universelle „Sprachen“ können benachteiligten Kindern und Jugendlichen helfen, sich selbst und die Welt um sie herum besser zu verstehen und sich besser auszudrücken.

Außerdem setzen sich Beiträge unter anderem mit der Frage auseinander, welche Bedeutung nationalstaatliche Grenzen heutzutage noch haben und warum wir uns im Umgang mit der Arktis selbst begrenzen müssen, um den Klimawandel nicht weiter zu verschärfen. Schließlich porträtieren wir einen Menschen, dessen Lebensaufgabe es ist, Vorurteile und Misstrauen in seinem Heimatland Türkei mithilfe von Kunst und Kultur abzubauen.

VIEL FREUDE BEI DER LEKTÜRE UNSERES MAGAZINS!

Winfried Kneip
WINFRIED KNEIP
Geschäftsführer

Wolfgang Rohe
DR. WOLFGANG ROHE
Geschäftsführer

Markus Piduhn
DR. MARKUS PIDUHN
Kaufmännischer Geschäftsführer

Michael Schwarz
MICHAEL SCHWARZ
Geschäftsführer



51° TITEL

DER STRASSENBELAG VERDEUTLICHT: HIER ÄNDERT SICH DER ZUSTÄNDIGKEITSBEREICH. DAS TITELBILD ZEIGT DEN GRENZÜBERGANG ZWISCHEN FRANKREICH UND DER SCHWEIZ, AUFGENOMMEN IN DER GEMEINDE TROINEX IM KANTON GENÈVE.

INHALT



TITEL

Was kulturelle Bildung in sozial benachteiligten Milieus bewirkt
SEITE 4

ZAHLEN

Wo es mehr Chancengleichheit braucht
SEITE 11

ESSAY

Was neue Mauern für Europa bedeuten
SEITE 12

INTERVIEW

Wie das Bundesverfassungsgericht Fragen der sozialen Gerechtigkeit behandelt
SEITE 16



PICTORIAL

Welche unterschiedlichen Dimensionen Grenzen haben können
SEITE 20



REPORTAGE

Was es heißt, ausgegrenzt zu werden – das Schicksal der Waldenser
SEITE 22

INTERVIEW

Wo der Klimawandel Grenzen verschiebt
SEITE 28

MEINUNG

Die Ambivalenz von Grenzen im Internet
SEITE 30

PORTRÄT

Warum sich ein kultureller Dialog in der Türkei lohnt
SEITE 32



IN EIGENER SACHE

SEITE 36

IMPRESSUM

SEITE 37

Titel: Christian Beutler/Keystone/laif; S. 2-3: Fotos: Annette Hauschild, Kerem Uzel, Steve Sands/Getty Images; Illustration: C3 mit Material von Shutterstock; Abbildung: Deutsches Hugenotten-Museum Bad Karlshafen

„Es gibt keine Grenzen. Nicht für den Gedanken, nicht für die Gefühle. Die Angst setzt die Grenzen.“

INGMAR BERGMAN, SCHWEDISCHER DREHBUCHAUTOR UND REGISSEUR (1918–2007)

„An der Grenze der GEDULD beginnen die Konflikte.“

OSCAR WILDE, IRISCHER LYRIKER, DRAMATIKER UND BÜHNENAUTOR (1854–1900)

„Wie wollen wir die Welt verändern, wenn sich nur die Hälfte von uns an der Diskussion beteiligt?“

EMMA WATSON, BRITISCHE SCHAUSPIELERIN UND UN-BOTSCHAFTERIN FÜR FRAUENRECHTE, ÜBER GLEICHBERECHTIGUNG



„Säkularismus sollte keine Mauer darstellen, die Menschen aus einer Gesellschaft herausschleibt und sie fremd fühlen lässt. Denn wenn säkular ausschließlich nicht-muslimisch bedeutet, wäre das gewiss ein Problem.“

NILÜFER GÖLE, TÜRKISCHE SOZIOLOGIN, DIE IN FRANKREICH LEHRT

„Zwei Dinge sind unendlich, das Universum und die menschliche DUMMHEIT, aber bei dem Universum bin ich mir noch nicht ganz sicher.“

ALBERT EINSTEIN, NOBELPREISTRÄGER IN PHYSIK (1879–1955)

„Jede Zeit wie jeder Mensch hat ein gewisses Gedankenfeld, über das hinaus nichts wahrgenommen wird.“

BERTHA VON SUTTNER, ÖSTERREICHISCHE SCHRIFTSTELLERIN UND FRIEDENSNOBELPREISTRÄGERIN (1843–1914)



RENDEZVOUS IM RANDBEZIRK



*WENN KREATIVITÄT MAUERN ZU TÜRSCHWELLEN
MACHT, WIRD KULTUR WIEDER ZU DEM, WAS
SIE EIGENTLICH IST: BINDEGLIED STATT UNTER-
SCHEIDUNGSMERKMAL*

Zeitgenössisches Theater im Brennpunkt? Klaviermusik des 20. Jahrhunderts mit Grund- und Gesamtschülern? Passt das zusammen oder werden hier unterschiedliche Welten zum Miteinander gezwungen? Wie laufen solche Begegnungen ab? „Das Sensationelle ist eher die Selbstverständlichkeit, die Offenheit und die spontane Kreativität der Kinder und Jugendlichen“, sagt Tobias Bleek, Leiter des Education-Programms des Klavier-Festivals Ruhr. Gemeinsam mit Lehrern zweier Grundschulen, einer Förderschule mit dem Schwerpunkt „Geistige Entwicklung“, eines Gymnasiums und einer Gesamtschule aus Duisburg-Marxloh entwickelt das Projekt seit Jahren kreative Wege, um Schülern die Schönheit von klassischer Musik und den Wert der eigenen Kreativität nahezubringen. Ziel ist es auch, die Schulen langfristig miteinander zu vernetzen. So wurde in den vergangenen Jahren unter anderem ein Lehreraustausch zwischen Grundschule und Gymnasium ins Leben gerufen.

Dass sich Kinder mit Beeinträchtigungen oder aus schwierigen Verhältnissen gemeinsam mit Gymnasiasten für die anspruchsvolle Musik von Béla Bartók begeistern, klingt zunächst nach einem bildungsbürgerlich-kitschigen Wunschtraum. Doch genau dies sah der Plan für das Schuljahr 2014/2015 vor. Mehr als 400 Grundschüler, Förder-

schüler und Gymnasiasten beschäftigten sich intensiv mit Musik und Gedankenwelt des ungarischen Komponisten und Pädagogen. Der Höhepunkt waren zwei öffentliche Education-Aufführungen, die nicht nur beeindruckende Musik, sondern auch Tanzdarbietungen umfassten. Der Erfolg derartiger Projekte überrascht die Macher nicht mehr. Vielmehr ist er erklärbar: „Kinder haben gerade dann eine enorme Merkfähigkeit, wenn in Lernprozessen Endorphine ausgeschüttet werden“, sagt Franz-Xaver Ohnesorg, Intendant des Klavier-Festivals Ruhr. „Wenn man es also als Lehrer oder Künstler schafft, dass Kinder eigene künstlerische Dinge tun wollen oder erfinden, dann hat man schon gewonnen, und man kann förmlich zusehen, wie in den Gehirnen die Synapsen wachsen.“

Tatsächlich reflektieren Erwachsene mit der Annahme, die anspruchsvolle Musik des 20. Jahrhunderts sei nichts für Kinder, häufig nur ihre eigene musische Entwicklung. Und sie zeigen auch die heute weit verbreitete Neigung, sich vermeintlichen Gegensätzen eben nicht auszusetzen, sondern diese zu meiden. Dabei vergessen sie jedoch, dass ohne Spannung kein Strom fließt. Insbesondere bei Kindern ist das eher passiv geprägte Grenzdenken unserer Tage noch nicht so fest verankert. Ihnen fällt der Perspektivenwechsel leichter. Es dauert nicht →

→ lange, bis sie erkennen, dass Mauern manchmal nicht höher sind als Türschwellen. Zu entdecken, welche Energien fließen, wenn Kultur ihre angestammte Umgebung verlässt und sich in Welten begibt, die ihr so fremd sind, wie sie ihnen fremd ist, ist für die Beteiligten wie Bleek und Ohnesorg eine immer wieder aufs Neue fantastische Erfahrung.

Aber stößt diese „Kulturschocktherapie“ nicht dennoch an Grenzen? „Grenzen an sich sind gar nicht das Problem, sondern wie man mit ihnen umgeht. Wenn Erstklässler Schwierigkeiten bei der Körperbeherrschung haben, müssen wir das natürlich berücksichtigen“, sagt Tobias Bleek und ergänzt: „Andererseits ist ein gutes Projekt eines, bei dem alle an Grenzen stoßen. Grenzen sind für uns Herausforderungen, die wir gemeinsam mit Lehrern und Schülern bearbeiten. Dabei lernen wir alle voneinander.“ „„Trial and Error“ ist auch für das kreative Lernen das beste Prinzip“, bestätigt Ohnesorg und beruft sich dabei auf den Geiger Isaac Stern, der ihn vor Jahren

Ein gutes Projekt ist eines, bei dem alle an Grenzen stoßen. Grenzen sind für uns Herausforderungen

an die Carnegie Hall nach New York geholt hatte: „Music makes you intelligent“, lautete Sterns Überzeugung.

Das vehemente Bekämpfen oder Leugnen von Grenzen und Unterschieden wäre also nicht nur sinnlos, sondern auch töricht. „Natürlich gibt es auch Vorbehalte gegenüber der jeweils ‚anderen‘ Seite, die sollte man nicht wegdiskutieren wollen“, erklärt Diemut Schilling, Professorin für Zeichnung und Druckgrafik vom Fachbereich Bildungswissenschaft der Alanus Hochschule bei Bonn. Denn Grenzen geben dem Menschen auch Sicherheit und helfen ihm dabei, Räume zu definieren, die er ausfüllen und selbst gestalten will. Schritt für Schritt kann so ein Selbstbewusstsein entstehen, aus dem dann Handlungsfähigkeit erwächst, die wiederum auch Grenzen infrage stellen kann.

Diesen kreativen Umgang mit Grenzen hat die moderne Gesellschaft weitgehend verlernt. Vielmehr ist sie darauf spezialisiert, Lebensbereiche

voneinander abzusichern und Grenzwerte festzulegen, die möglichst nicht überschritten werden. Das gilt auch für die Kultur: „Hochkultur ist ein Privileg der gehobenen urbanen Mittelschicht und der Oberschicht“, sagt Cathrin Rose, Dramaturgin für Vermittlung bei der Ruhrtriennale, einem internationalen Kunstfestival im Ruhrgebiet. „Dieses Denken hat die Kultur selbst mittlerweile so verinnerlicht, dass sie häufig gar nicht mehr versucht, nach draußen zu kommunizieren.“ Schon der Begriff Hochkultur reflektiert diese künstliche Erhöhung gegenüber vermeintlich „kulturfernen“ Gesellschaftsschichten und steht damit im Widerspruch zur Idee der kulturellen Integration.

Sehr gespannt beobachtet Cathrin Rose daher, was mit der „Hochkultur“ und ihrem angestammten Publikum passiert, wenn plötzlich zahlreiche Kinder bei der Premiere einer Ruhrtriennale-Veranstaltung in der ersten Reihe sitzen, viele davon zum ersten Mal in ihrem Leben. „Das Ganze ist wie bei einem ersten Rendezvous: Man trifft aufeinander und ist unsicher, doch dann öffnet man sich, um sich kennenzulernen. Wenn es gut läuft, haben beide Seiten etwas davon.“ Und immer wieder zeigt sich: Offenheit und Bereitschaft, Grenzen zu überwinden, sind keine Frage der sozialen Herkunft, sondern angeborene menschliche Fähigkeiten. Diese sind lediglich unterschiedlich tief verschüttet und müssen ans Tageslicht geholt werden. Gelingt dies, →



DAS KLAVIER-FESTIVAL RUHR WILL SCHÜLERN AUF KREATIVE WEISE DIE SCHÖNHEIT VON KLASSISCHER MUSIK VERMITTELN





→ ziehen auch die Künstler einen enormen Nutzen daraus, wie Klavier-Festival-Intendant Ohnesorg weiß: „Professionelle Musiker sind häufig eher skeptisch, wenn sie vor und mit Kindern musizieren sollen. Aber immer wieder kommen sie danach zu mir und sagen: ‚Jetzt wissen wir wieder, warum wir Musiker geworden sind!‘“ Die unbefangene Reaktion der Kinder erinnere sie an ihre eigenen Anfänge.

Wenn Kultur sich aus ihren vertrauten sozialen Milieus herausbewegt, entsteht eine Spannung, die in alle Richtungen wirkt. Dies ist nicht nur für die Menschen, die bisher über derartige Kulturerfahrungen nicht verfügten, sondern auch für die Künstler selbst zuweilen absolutes Neuland. „Es ist ganz wichtig, diese Dimension von kultureller Bildung wertzuschätzen“, betont Bleek. Denn Kunst ist immer auch die Suche nach Neuland mit dem Ziel, die Grenzen des Vertrauten zu überschreiten. Kulturelle Bildung ist insofern durchaus als

Offenheit und Bereitschaft,
Grenzen zu überwinden,
sind keine Frage der sozialen
Herkunft

Vermittlung von Neulandkompetenz zu verstehen. Dass hier Kompetenz auch aufseiten der Kunst gefragt ist, erschließt sich dem Laien nicht immer sofort.

Zudem besteht die Gefahr der Instrumentalisierung von künstlerischen und kunstpädagogischen Projekten. „Gerade in der Kunstszenen hat sich in letzter Zeit eine Art Brennpunkt-tourismus entwickelt“, beschreibt Diemut Schilling die Motivationslage einiger Künstler als nicht gerade uneigennützig. Zu gut mache es sich im Künstlerlebenslauf, wenn man sich selbst mal hinaus in die Randbereiche der Gesellschaft traue. Gerade deshalb betonen die in solchen Spannungsbereichen tätigen Institutionen die Bedeutung des langfristig angelegten gemeinsamen Engagements im Gegensatz zu einer flüchtigen Begegnung. Denn so werde sichergestellt, dass die Lernprozesse keine Einbahnstraßen seien, sondern inmitten der Gesellschaft und in alle Richtungen wirken könnten.

Inmitten eines spannungsgeladenen und vielfältigen Gesellschaftsbereiches wirkt auch die Deutsche Kammerphilharmonie Bremen: Das Orchester, das als eines der besten der Welt gilt, hält seine Proben in der am Stadtrand gelegenen Gesamtschule Bremen-Ost ab. Seit einigen Jahren entwickelt sich hier eine ganz besondere Arbeits- und Wohngemeinschaft: Die Musiker treffen in den Pausen wie auch in der Mensa auf Schüler, die zu großen Teilen einen

Migrationshintergrund haben und aus schwierigen Verhältnissen stammen. Aber beide Gruppen leben nicht nur nebeneinander her. In zahlreichen gemeinsamen Projekten werden die Energien aus Schule und Orchester gebündelt und sie strahlen auf den gesamten Stadtteil ab.

Dabei sehen es die Musiker der Kammerphilharmonie nicht als ihre Aufgabe an, den Schülern Musik nur theoretisch zu erklären und vorzuführen, sondern sie wollen Erlebnisräume für Musik schaffen, die die Kreativität beflügeln. Mit großem Erfolg: Zweimal jährlich verarbeiten die Jugendlichen in gemeinsamen Konzertabenden unter dem Motto „Melodie des Lebens“ persönliche Geschichten und Lebenserfahrungen in Songtexten und Performances. Von diesem „Zukunftslabor“, das bereits zahlreiche Auszeichnungen erhalten hat und als Modellprojekt gilt, profitieren nicht nur die Schüler, das Schulklima und das Viertel, sondern auch das Orchester, da es erlebt, wie einfach der Zugang zur klassischen Musik sein kann, ja, wie schnell sie sogar „cool“ werden kann. Dass kulturelle →



DARSTELLENDEN SCHÜLER DER GESAMTSCHULE BREMEN-OST VOR DER HAUPTPROBE FÜR DIE STADTTEIL-OPER „IOLANTA“

→ Bildung an sozialen Schnittstellen nicht nur neue Berührungspunkte schafft, sondern zur Entstehung einer neuen gemeinsamen Kultur beiträgt, erlebt in ebenfalls intensiver Art und Weise das Schauspiel Köln. Aufgrund der Sanierung der eigenen Spielstätte in der Innenstadt musste das Ensemble in das Arbeiter- und Migrantenviertel Mülheim ausweichen, in die unmittelbare Nachbarschaft der Keupstraße, einer stark türkisch geprägten Geschäftsstraße, die 2004 wegen des Nagelbombenattentats traurige Berühmtheit erlangt hatte. Bevor bekannt wurde, dass der NSU den Anschlag verübt hatte, waren große Teile der Öffentlichkeit lange von einer viertelinternen Gewalttat ausgegangen, was zu enormer Verbitterung und einer fortschreitenden Entfremdung und Abkapselung der dortigen Bevölkerung führte.

In dieses Viertel zog nun das Schauspiel Köln. Anfangs von vielen skeptisch beäugt, entpuppte sich das als Glücksfall – für den Stadtteil und das Schauspiel. „Unser Theater ist in den letzten Jahren in die lokale Gesellschaft hineingewachsen und andersher-

Unsere Kultur des Kennenlernens, Testens und Verschiebens von Grenzen ist stark entwicklungsfähig



EINE SZENE AUS DEM THEATERSTÜCK „DIE LÜCKE. EIN STÜCK KEUPSTRASSE“, DAS IN KÖLN-MÜLHEIM SPIELT

um“, beschreibt Chefdramaturg Thomas Laue die Entwicklung. Tatsächlich hatte man sich intensiv mit dem Stadtteil auseinandergesetzt und Kontakt zu den Menschen aufgenommen. „Auch da stößt man natürlich auf Grenzen und Misstrauen. Ich bin von den Vertretern der türkisch geprägten Interessengemeinschaft Keupstraße mehrmals versetzt worden. Erst, als man merkte, dass ich hartnäckig blieb und es ernst meinte, kam das Treffen tatsächlich zustande“, erinnert sich Laue. Seither aber entwickelten sich künstlerische und soziale Projekte mit Anwohnern, die die klassische Theaterarbeit weit überschritten.

Höhepunkte waren das dreitägige deutsch-türkische Kulturfestival „Birlikte“ („Zusammenstehen“), zu dem Tausende Menschen 2014 anlässlich des zehnten Jahrestages des Anschlags in den Stadtteil strömten, und die

Arbeit an dem Theaterstück „Die Lücke. Ein Stück Keupstraße“ des Regisseurs Nuran David Calis. Hier arbeiten Anwohner auf der Bühne gemeinsam mit Schauspielern des Kölner Ensembles die Ereignisse rund um den NSU-An-

schlag auf. „In Mülheim ist so ein neues urbanes kulturelles und internationales Zentrum entstanden“, schwärmt Laue: „Nirgendwo sonst verbindet sich die sogenannte Hochkultur eines Stadttheaters mit dem praktischen Zusammenleben der Kulturen.“ Daher konkretisieren sich beim Schauspiel Köln die Pläne, auch nach der Rückkehr in die Kölner Innenstadt weiterhin in Mülheim präsent zu bleiben.

Vielleicht ist es dieses Sich-Einbringen allen realen und eingebildeten Grenzen zum Trotz, das den Erfolg solcher Projekte und Initiativen ausmacht. Unsere Kultur des Kennenlernens, Testens und Verschiebens von Grenzen ist in jedem Fall stark entwicklungsfähig: Möglicherweise erziehen wir uns gegenseitig zu häufig dazu, Grenzen nicht nur zu akzeptieren, sondern uns möglichst von ihnen fernzuhalten. Kulturelle Bildungsprojekte an den Schnittstellen der Gesellschaft können einen wichtigen Beitrag zur politischen wie auch kulturellen Frischluftzirkulation leisten. Sie bieten uns die Möglichkeit, sich immer wieder mal auf ein „Rendezvous im Randbezirk“ einzulassen. Denn eigentlich sollte es zu unserem Selbstverständnis als aufgeklärte Bürger gehören, alles zu erfahren und alles infrage zu stellen – gerade auch Grenzen. □

► AUTOR Matthias Heitmann ist freier Publizist und Autor des Buches „Zeitgeisterjagd. Auf Safari durch das Dickicht des modernen politischen Denkens“

KEIN GLEICHES RECHT FÜR ALLE

BILDUNG, GEHALT, EIN POLITISCHES MITSPRACHERECHT – GRENZEN BEI DER CHANCENGLEICHHEIT DRÜCKEN SICH IN VIELERLEI HINSICHT AUS

77

von 100 Akademiker-Kindern studieren. Bei Kindern aus Familien ohne akademischen Hintergrund schaffen hingegen nur 23 von 100 den Sprung an eine Hochschule. Das hat das Deutsche Studentenwerk ermittelt.

So viel höher war der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von Männern im Vergleich zu Frauen im Jahr 2014 in Deutschland. Dieser „Gender Pay Gap“ ist seit 2002 fast konstant.

22%

5,8%

der Vorstandsposten in den Top-160-Unternehmen in Deutschland sind mit Frauen besetzt. In den Aufsichtsräten sind es 18,9 Prozent.

Die Türkei führt das allgemeine Frauenwahlrecht ein – zehn Jahre vor Frankreich. Die Schweiz vollzieht diesen Schritt erst 1971.

1934

2006

ERLIESS DER DEUTSCHE BUNDESTAG DAS ALLGEMEINE GLEICHBEHANDLUNGSGESETZ. ES SOLL BENACHTEILIGUNGEN UNTER ANDEREM WEGEN DER ETHNISCHEN HERKUNFT, DES GESCHLECHTS, DES ALTERS ODER DER RELIGION VERHINDERN UND BESEITIGEN.

64%

BETRÄGT DER FRAUENANTEIL IM PARLAMENT VON RUANDA. ES IST DAS EINZIGE LAND DER WELT MIT EINER MEHRHEITLICH WEIBLICHEN VOLKSVERTRETUNG.

23

von 100 Studierenden in Deutschland haben einen Migrationshintergrund. Laut der jüngsten Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks aus dem Jahr 2012 sind sie in höherem Ausmaß von sozialen und finanziellen Risiken betroffen als Studierende ohne Migrationshintergrund.

6%

der Schüler in Deutschland verlassen die Schule ohne Abschluss. Aktuelle Leistungsvergleichsstudien wie IGLU und PISA stellen fest, dass Bildungserfolg stark von sozialer Herkunft abhängt.

16,5 MIO.

MENSCHEN IN DEUTSCHLAND WAREN 2014 VON ARMUT ODER SOZIALER AUSGRENZUNG BEDROHT. DAS ENTSpricht 20,6 PROZENT DER BEVÖLKERUNG. EUWEIT LIEGT DER ANTEIL NOCH HÖHER.

60%

der 2015 von TNS Infratest Befragten waren der Ansicht, dass Diskriminierungen aufgrund ethnischer Herkunft in Deutschland sehr verbreitet oder ziemlich verbreitet sind.

KONTROLLE OHNE GRENZEN

*IN EUROPA MEHREN SICH DIE
NATIONALEN BARRIEREN.
WARUM DAS SO IST UND WAS
DAS FÜR EUROPA BEDEUTEN
KÖNNTE, BESCHREIBT DER
HISTORIKER*

*ANDREAS FAHRMEIR
IM ESSAY*



GRENZZAUN ZWISCHEN DEN
USA UND MEXIKO IN ARIZONA

Das ausgehende 20. und frühe 21. Jahrhundert sind durch ein merkwürdiges Phänomen geprägt: den Bau von Grenzbefestigungen um in anderer Hinsicht weltoffene, intensiv in die Globalisierung eingebundene Demokratien. In den frühen 1990er-Jahren begann er an der US-amerikanischen Grenze zu Mexiko, um Teile Israels sowie zwischen den spanischen Exklaven und Marokko. Seither kamen weitere Zäune, Mauern und Stacheldrahtbarrieren zwischen Griechenland, Bulgarien und der Türkei oder auf der französischen Seite des Kanaltunnels hinzu, und im Laufe des letzten Jahres hat sich die Entwicklung durch die Errichtung von Barrieren zwischen Ungarn, Serbien und Kroatien, zwischen Slowenien und Kroatien sowie an einem Teil der Grenze zwischen Österreich und Slowenien fortgesetzt, während die älteren Bauwerke immer wieder verstärkt, aufgestockt und mit Überwachungstechnik ausgerüstet wurden. Begründet werden die Zäune und Mauern einerseits mit dem Risiko, das unkontrollierte Grenzübertritte in Zeiten des globalen Terrorismus bergen, andererseits mit der Notwendigkeit, „illegale“ Zuwanderung zu begrenzen, um finanziell angespannte Sozialstaaten vor dem Zusammenbruch zu bewahren und die „kulturelle Integrationsfähigkeit“ von Gesellschaften nicht zu überfordern.

Die neuen Barrieren unterscheiden sich somit in ihrer Intention sowohl von den Grenzbefestigungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die sich gegen Angriffe aus benachbarten Staaten richteten („Maginot-Linie“), als auch von den Grenzbefestigungen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts („Eiserner Vorhang“), deren Ziel es war, „illegale“ Ausreisen zu unterbinden.

Dass befestigte Grenzen eine Zäsur in der Entwicklung demokratischer (National-)Staaten und vor allem der Europäischen Union markieren, ist unumstritten; es lohnt sich daher, darüber nachzudenken, was sie ausgelöst hat und was sie bedeuten könnte.

Dass „Staaten“ sich vor allem durch eine ununterbrochene Linie um ein Territorium definieren, in dem sie das Monopol der legitimen Gewalt ausüben, ist eine relativ neue Entwicklung. Die europäische Frühe Neuzeit war durch vielfältige abgestufte Herrschaftsrechte sowie verflochtene Besitzverhältnisse geprägt, die aus der Perspektive eines arrondierten Staates als En- und Exklaven erscheinen. Erst der Reformabsolutismus des ausgehenden 18. Jahrhunderts und die „atlantischen Revolutionen“ in den USA und Frankreich machten den kompakten, souveränen Territorialstaat, der innerhalb seiner Grenzen Normen definieren und mittels einer effektiven, durch professionelle Fachleute ausgeübten Verwaltung und Justiz durchsetzen kann, zum europäisch-nordatlantischen Regelfall. Ablesen ließ sich dieser Prozess nicht zuletzt an einer Bedeutungsverschiebung der Begrifflichkeit, mit der Fremdheit beschrieben wurde: Vokabeln wie *étranger*, die bislang unterschiedliche Dimensionen mangelnder Zugehörigkeit ausgedrückt hatten – etwa das Fehlen von Verwandten und Erben, der Mitgliedschaft in einer Zunft oder des Bürgerrechts – markierten fortan in erster Linie die Zugehörigkeit zu einem anderen Staat.

Mit der Verdichtung staatlicher Herrschaft ging zunächst der Abbau von Grenzbefestigungen einher. Diese Entwicklung ist nur auf →

Dass befestigte Grenzen eine Zäsur in der Entwicklung demokratischer (National-)Staaten und vor allem der Europäischen Union markieren, ist unumstritten

→ den ersten Blick paradox. Was verschwand, waren Mauern um Städte, die militärisch obsolet geworden waren und deren Funktion als Kontrollpunkte für Migration und Warentransporte angesichts der zunehmenden Verdichtung der Registrierung von Einwohnern und Fremden in Verbindung mit der Modernisierung der Zoll- und Steuerverwaltung ebenfalls verzichtbar schien. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde die regelmäßige Kontrolle von Papieren, die bislang in Kontinentaleuropa für alle Reisenden vorgesehen war und die für Reisen aus dem Ausland möglichst rasch nach dem Grenzübertritt erfolgen sollte, ausgesetzt; die Verifikation von Identitäten und die Bestimmung von Aufenthaltsbedingungen wurde nun an die Verwaltung des Aufenthaltsorts delegiert.

Der Verzicht auf eine systematische Kontrolle aller Reisenden hatte wenig damit zu tun, dass die Furcht vor Bedrohungen von „außen“ signifikant abnahm – obgleich die politisch als besonders gefährlich geltenden Bewegungen wie „Anarchismus“ und „Kommunismus“ in jedem Land anzutreffen waren. Die Freiheit des Grenzübertritts konnte, wie in Preußen, mit Massendeportationen von Menschen einhergehen, die aus kulturellen, religiösen und sprachlichen Gründen als Risiko für die Homogenität des Nationalstaats gesehen wurden: Polen, Juden oder Dänen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Der Verzicht auf eine engmaschige Kontrolle der Grenze entsprach vor allem dem Wunsch, kommerziellen Austausch nicht zu behindern, und dem Vertrauen in die Effektivität nachgelagerter Kontrollen in einer umfassend verwalteten Gesellschaft. Sobald Ausländer (oder Inländer) durch „politische Umtriebe“, Armut oder Verbrechen auffielen, ließ sich ihre Herkunft feststellen und ihre Ausreise (oder ihre Rückreise an den Heimatort) administrativ erzwingen – ganz ähnlich wie in der Konzeption des Schengen-Raums, der ja keinen Verzicht auf Migrationskontrolle darstellt; in „Schengenland“ wird lediglich angenommen, dass sich Regelverstöße, die nur eine kleine Minderheit der grenzüberschreitenden Reisen betreffen, ebenso effektiv ermitteln und ahnden lassen, wenn man abwartet, bis sich die Betroffenen anmelden, staatliche Leistungen beantragen oder auf andere Weise in Kontakt mit den Behörden treten – sodass man nicht alle Reisenden belästigen muss, um wenige aufzuspüren.

Nach den drastischen Reisebeschränkungen, die durch den Ersten Weltkrieg ausgelöst und nach 1945 erst allmählich wieder abgebaut wurden, stellte sich innerhalb der europäisch-atlantischen Welt wieder ein Zustand mit vereinfachten Grenzübertritten ein. Der Unterschied zwischen kontrollierten und kontrollfreien Reisen beschränkte sich zunehmend darauf, ob man an der „Grenze“ (die auch der Einstieg in ein Flugzeug sein konnte) kurz einen Ausweis oder Pass zeigen oder erfassen lassen musste. Grenzen wurden somit unsichtbarer, ohne dass sich am theoretischen Anspruch des Territorialstaates viel geändert hätte. Und dann kehrten die Grenzen plötzlich besonders drastisch zurück.

Eine mögliche Erklärung ist die wachsende Divergenz der Einkommen und Lebenschancen zwischen den sicheren und reichen Regionen der Welt in Europa und Nordamerika und den unsicheren und ärmeren Ländern in Afrika, dem Nahen Osten, Süd- und Mittelamerika. Die-



➤ **Andreas Fahrmeir** ist seit 2006 Inhaber der Professur für Neuere Geschichte an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main. Er forscht unter anderem zur Migrationsgeschichte sowie zur politischen Geschichte des 19. Jahrhunderts

se Divergenz existiert aber (mindestens) seit dem 19. Jahrhundert und prägte die Lage an der Grenze zwischen den USA und Mexiko das gesamte 20. Jahrhundert hindurch. Für sich genommen ist unklar, warum sie das Vertrauen in die Effektivität von „Paper Walls“ (David Wyman) gerade in den letzten 20 Jahren verringert haben sollte. Auch sinkende Transportkosten erklären wenig, da sich Reisen mit dem Flugzeug effektiv kontrollieren lassen und die Überwindung vieler kürzerer Distanzen mithilfe von Schleppern überaus teuer ist.

Ein Grund für die Rückkehr der Grenze scheint paradoxerweise die andauernde Bedeutung territorialer Staatlichkeit in Verbindung mit der Verrechtlichung von Migrationskontrolle auf nationaler und internationaler Ebene zu sein. Im Gegensatz zum 19. Jahrhundert, als allen Ausländern das „Privileg“ des Aufenthalts jederzeit entzogen werden konnte, verändert sich die Situation von „illegal“ Einreisenden heute dramatisch, sobald sie ihr Zielland betreten. Nur dort können sie sofort ein wirksames Asylbegehren formulieren und administrative Entscheidungen effektiv überprüfen lassen. Im Ausland können Konsulate frei über Einreiseerlaubnisse entscheiden. Die feste Barriere erscheint somit vielen Regierungen offenbar als letzte Möglichkeit, die massenhafte Eröffnung von komplexen und langwierigen Abschiebungsprozessen zu verhindern.


Ein weiterer Grund ist die Veränderung des ökonomischen Kalküls. Migration wird in Wohlfahrtsstaaten, die eine umfassende Absicherung gegen Risiken garantieren und allen („legal“) Anwesenden einen im globalen Vergleich hohen Lebensstandard bieten, von einer Debatte über „Sozialtourismus“ begleitet – die sich in ökonomischen Krisenzeiten, wie sie die europäisch-atlantische Welt seit 2008 erlebt, natürlich verschärft. In den letzten Jahrzehnten haben hohe Abgaben auf „legale“ Arbeit zu einem Markt für „undokumentierte“ Arbeit geführt, der mit den gegebenen Möglichkeiten nur schwer zu unterbinden ist. Das Risiko, dass eine Existenz in der „Illegalität“ sanktioniert wird, ist nach einem Grenzübertritt wegen der Liberalität (und des Neoliberalismus) der europäisch-nordamerikanischen Gesellschaften begrenzt. Engmaschige Kontrollen begegnen berechtigten Einwänden: Sie könnten zur Diskriminierung von besonders des illegalen Aufenthalts verdächtigen Gruppen bei der Arbeits- und Wohnungssuche führen, den Datenschutz (noch) weiter aushöhlen und erhebliche Kosten verursachen; dazu treten die Interessen von Akteuren, die von einem grauen Arbeitsmarkt profitieren.

In dieser Perspektive bietet aktuell die deutsche Migrationspolitik ein nur scheinbar paradoxes Bild: weitgehende Grenzöffnung, Verschärfung des Meldewesens, Intensivierung von Abschiebungen, penible Kontrolle von Arbeitsverhältnissen, Einschränkung sozialer Ansprüche von Zuwanderern. Es handelt sich um eine Entscheidung gegen Zäune (zumindest um die deutsche Grenze), aber für nachgelagerte Migrationskontrolle mit all ihren Konsequenzen: der dichten internen Kontrolle und der systematischen Prüfung von Aufenthaltstiteln, die hinter einer praktisch weitestgehend gesicherten Grenze nicht notwendig wäre. Welches Modell – der Zaun oder die dichte Administration – sich wo durchsetzen wird und ob die Europäische Union mit zwei Modellen leben kann, bleibt freilich abzuwarten. □

Die feste Barriere erscheint offenbar als letzte Möglichkeit, die massenhafte Eröffnung von langwierigen Abschiebungsprozessen zu verhindern

DIE LETZTE GRENZE SETZEN

**WIE REGELT DAS GRUNDGESETZ
FRAGEN DER SOZIALEN GERECHTIG-
KEIT? EIN GESPRÄCH MIT DER
BUNDESVERFASSUNGSRICHTERIN
SUSANNE BAER**

 **Frau Baer, Sie sind Richterin des Bundesverfassungsgerichts. Haben Sie auf dem Weg in diese Position soziale Grenzen überschritten, und wenn ja, welche?**

Solche Spitzenpositionen standen lange nur Männern offen. Da wird anhand des Geschlechts eine soziale Grenze gezogen. Es gab auch Ausnahmen, wie die Richterin Erna Scheffler. Aber Frauen wird hier immer noch zu häufig eine Grenze gesetzt. Und da ich nicht auf einem anderen Stern lebe, bin auch ich als Frau in meinem Berufsleben mit Vorurteilen konfrontiert. Ich setze mich dafür ein, dass solche Grenzen fallen. Dazu gehört es, Menschen nicht auf ihr Geschlecht zu reduzieren, denn wir sind alle immer mehr als das, in unseren Lebensläufen, mit unserer Herkunft, unseren Bezügen, unseren Erfahrungen. Ich komme aus einer bildungsbürgerlichen Familie und hatte die Chance von Bildung und Ausbildung – diese Grenze gab es für mich so nicht. Aber meine sexuelle Orientierung ist wieder eine Grenze, je nach Kontext, wo „Normalität“ regiert. Dass ich als erste offen lesbisch lebende Frau in dieses Amt gewählt



Foto: Annette Hauschild

worden bin, zeigt dann vielleicht auch: Soziale Grenzen lassen sich überwinden.

Es heißt, in den Siebzigerjahren standen der jungen Generation alle Bildungschancen offen, unabhängig von den Schulabschlüssen ihrer Eltern. War das so – und was hat sich in den letzten 40 Jahren geändert?

Der chancengleiche Zugang zu Bildung ist ein Schlüssel zu sozialer Gerechtigkeit. In unserer Wissensgesellschaft ist Bildungsgerechtigkeit auch noch viel wichtiger als in früheren industriellen oder in agrarischen Gesellschaften. Das Versprechen universitärer Bildung für alle wurde jedoch

nicht eingelöst. Es ist etwas erreicht worden – aber die Reproduktion der sozialen Herkunft ist in Deutschland immer noch stärker ausgeprägt als in vielen anderen Ländern. Damals hat übrigens auch das Bundesverfassungsgericht eine Weiche in Richtung sozialer Gerechtigkeit gestellt: Das Grundgesetz garantiert die Berufsfreiheit in Artikel 12, daneben auch die Gleichbehandlung und den Sozialstaat. Daraus folgt: Es gibt ein Recht, an der Freiheit teilzuhaben, als Anspruch auf Zulassung zum Hochschulstudium. Der Senat, in dem ich als Richterin tätig bin, hat das 2013 nochmals betont: Auch Studiengebühren müssten so gestaltet sein, dass keine unüberwindliche soziale Barriere entsteht.

Wer Fähigkeiten, Interesse und Engagement mitbringt, muss nach Möglichkeit Zugang zu Bildung erhalten. Andere Grenzen darf es nicht geben.

Die Zahl der Hartz-4-Empfänger ist seit 2010 um neun Prozent auf 1,97 Millionen gefallen, aber die Zahl der prekären Arbeitsverhältnisse und die Altersarmut haben drastisch zugenommen, und bekannt ist die Armut alleinerziehender Eltern und ihrer Kinder. Auch das sind soziale Grenzen – sind es Fragen für Karlsruhe?

In vielen Verfahren spielt Armut eine Rolle, aber diese Fragen liegen uns meines Wissens so nicht vor. Das Gericht sucht sich ja nicht aus, was es entscheidet, sondern wird nur auf Antrag tätig. So erreicht eben doch nicht jede politische Frage Karlsruhe. Aber →

SUSANNE BAER,
52, LEHRT SEIT
2002 ALS
PROFESSORIN FÜR
ÖFFENTLICHES
RECHT UND
GESCHLECHTER-
STUDIEN AN DER
HUMBOLDT-
UNIVERSITÄT
ZU BERLIN

Die Reproduktion der sozialen Herkunft ist in Deutschland immer noch stärker ausgeprägt als in vielen anderen Ländern

→ sicher werden uns Fragen der Chancengerechtigkeit und des Zugangs zu den elementaren Grundressourcen Beruf, Einkommen, Alterssicherung und Sozialleistungen auch künftig beschäftigen. Dazu wurde 2010 auch eine Weiche gestellt, zur Grundsicherung als Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum. Das sind nicht nur die nackte Existenz und ein Dach über dem Kopf, sondern es ist auch die soziokulturelle Existenz. Menschenwürdig leben bedeutet auch hier, teilhaben zu können an einer Gesellschaft.

Genügt das Existenzminimum für die gesellschaftliche Teilhabe?

Das Bundesverfassungsgericht hatte 2014 die Frage zu beantworten, ob der Geldbetrag für die Grundsicherung hoch genug ist. Der Gesetzgeber hat da Spielräume – es ist seine Aufgabe, Verteilungsfragen politisch zu entscheiden. Aber diese Spielräume sind nicht unbegrenzt. Der Gesetzgeber muss alles berücksichtigen, was zwingend zum Existenzminimum gehört. Und da stellen sich schwierige Fragen: Wo zieht das Grundgesetz die Grenze? Was braucht ein Mensch, um teilhaben zu können? Das müssen wir zu acht im Senat diskutieren, durchaus kontrovers, bis eine Mehrheit – und meist sogar: bis alle – überzeugt sind. Im Zweifel hat dennoch der Gesetzgeber das erste und das letzte Wort. Wir kontrollieren nur die äußeren Grenzen. Und nur wenn die überschritten sind, muss ein Verfassungsgericht intervenieren.

In seiner Entscheidung, dass es einen garantierten Anspruch auf die Grundsicherung gibt, bezog sich das Bundesverfassungsgericht auf Artikel 20 des Grundgesetzes. Dort heißt es: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bun-

desstaat.“ Kritiker werfen dem Gericht vor, es gehe zu weit und „erfinde Grundrechte“. Stimmt das?

Die Aufgabe eines Gerichts ist Rechtsanwendung, die des Bundesverfassungsgerichts also die Anwendung des Grundgesetzes auf die Fälle, die zu uns gebracht werden. Und ich habe nicht nur einen Amtseid auf das Grund-

ORT DER VERKÜNDUNG:
DER SITZUNGSSAAL DES
BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS
IN KARLSRUHE

Die deutsche Verfassung schreibt der Bundesrepublik ins Stammbuch, in Artikel 20, ein sozialer Rechtsstaat zu sein



gesetz geschworen, sondern auch nur dann die Chance, dauerhaft zu überzeugen, wenn alle Entscheidungen im Grundgesetz einen Anker finden. Eine Herausforderung liegt darin, dass die Mütter und Väter des Grundgesetzes unsere heutigen Probleme nicht kannten, wie die digitalisierte Datenverarbeitung oder biotechnologische Ent-

wicklungen. Und manche Ungleichheit wurde nicht gesehen, weil zum Beispiel über Altersdiskriminierung noch nicht nachgedacht wurde. Dann ist das Verfassungsgericht aufgerufen, aus dem Text des Grundgesetzes das abzuleiten, was für die heutigen Probleme überzeugend ableitbar ist – und auch nur das. Darum bemühen wir uns in jeder Entscheidung. Es liegt in der Natur von Kontroversen, dass am Ende eine Seite unzufrieden ist. Und wenn wir nicht mehr kritisiert würden, müsste uns das auch beunruhigen: Dann wären wir ein willfähiges Gericht. Ein Verfassungsgericht ist aber genau dazu da, notfalls gegen den Strom zu schwimmen: Es muss Mehrheiten Grenzen setzen, wenn auf Kosten von Minderheiten gehandelt wird. Kritik gehört also dazu, sie ist Zeichen einer lebendigen Verfassungskultur und nichts Schlechtes. Manches ist auch voreilig, ein bisschen skandalisierend oder schlicht unüberlegt. Die These, wir erfänden Grundrechte, gehört wohl dazu.

An welcher Stelle findet sich das Existenzminimum als äußerste soziale Grenze im Grundgesetz?

Das Wort Existenzminimum taucht im Grundgesetz nicht auf, aber Menschenwürde und Sozialstaat werden ausdrücklich garantiert. Die Verfassung schreibt der Bundesrepublik ins Stammbuch, in Artikel 20, ein sozialer Rechtsstaat zu sein. In Artikel 1 wird die Menschenwürde garantiert und in Artikel 3 die Gleichheit, auch ganz konkret die Gleichbehandlung, als Diskriminierungsverbot. Und das bedeutet heute eben, dass die Bundesrepublik ein Staat ist, in dem niemand

ausgegrenzt wird, wo niemand verhungert oder soziale Menschlichkeit als Mindestteilhabe am gesellschaftlichen Ganzen verliert. Dieses Grundrecht auf ein Existenzminimum haben wir nicht erfunden, sondern durch Auslegung aus dem Kernbestand des Grundgesetzes abgeleitet.

2012 urteilte das Gericht, dass das damals geltende Asylbewerberleistungsgesetz dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums entgegenstand. Gilt das auch heute, unter dem Druck der aktuellen Situation?

Wir haben mit dem Zustrom der Flüchtlinge eine riesige Herausforderung vor uns. Sie liegt bei allen: dem Bundestag, der Bundesregierung, den Ländern und Kommunen, der Gesellschaft – und Rechtsfragen dazu erreichen vermutlich auch irgendwann uns. Aber das Grundgesetz steht fest. 2012 hat das Bundesverfassungsgericht schon darauf hingewiesen, dass die Menschenwürde nicht aus migrationspolitischen Gründen zu relativieren ist. Die Entscheidung sagt: Es gibt eine Untergrenze der Versorgung, an der auch politische Begehrlichkeiten nichts ändern. Diese letzte Grenze zu markieren – genau das ist die Aufgabe. Und das ist die Mahnung, das zu halten, was wir von uns selbst als Gesellschaft und weltweit auch von anderen verlangen: einen menschenwürdigen Umgang mit egal wem, egal woher und egal in welcher Situation. Viele weitere schwierige Fragen – was bedeutet das konkret in der Erstaufnahme, für die Verfahrensgestaltung, bei Abschiebung? – sind damit nicht beantwortet. Aber die Grenzen setzt das Grundgesetz.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller (SPD), fordert einen „bundesweiten Standard für Integration“. Ergibt sich der aus der Verfassung? Und geht das heute eigentlich noch national – oder muss so etwas international vereinbart werden?

Wir sind Teil eines europäischen und mittlerweile auch globalen Menschenrechtskonsenses, das prägt auch unsere Rechtsprechung. Es gibt also den grundgesetzlichen Mindeststandard und den menschenrechtlichen Schutz, und natürlich die europäische und globale Notwendigkeit, gemeinsam zu handeln. In der Entscheidung zum Asylbewerberleistungsgesetz wird klargestellt, dass der Gesetzgeber, wenn er gestaltet, nicht nur an das Grundgesetz gebunden ist, sondern auch an Europarecht und Menschenrechte. Das gehört heute einfach dazu: Ein Verfassungsstaat ist Teil eines größeren Ganzen. □

► AUTORIN Carola Rönneburg arbeitet als freie Journalistin



ÜBERSPITZT Am indisch-pakistanischen Grenzüber-
gang Wagah findet seit 1959 jeden Abend auf beiden Sei-
ten eine symbolisch aufgeladene Militärparade vor großem
Publikum statt. Die beiden Atommächte sind seit ihrer
Unabhängigkeit 1947 verfeindet.



BIZARR In Südkorea liegt es im Trend, den eigenen Tod
und die Beerdigung zu Lebzeiten zu simulieren – Ab-
schiedsworte inbegriffen. Ziel ist es, trotz privater Sorgen
eine bessere Einstellung zum Leben zu finden. Südkorea
hat die höchste Selbstmordrate der entwickelten Welt.



GETRENNT Sie sehen sich als Keimzelle eines neuen
Burenstaates in Südafrika: Seit 1990 dürfen nur Afrikaans
sprechende Weiße in Orania siedeln. Heute zählt der
Ort in der Provinz Nordkap rund 1.100 Einwohner. Die
Statue zeigt Apartheid-Mitbegründer Hendrik Verwoerd.



KRITISCH Der Rote Thunfisch ist massiv überfischt und
vom Aussterben bedroht. Der Versuch, diese Entwicklung
durch Schonzeiten und Fangquoten zu begrenzen, scheitert
seit Jahren am Widerstand von Staaten wie Japan, dem
wichtigsten Absatzmarkt, sowie am illegalen Fischfang.

Fotos: Sameer Sehgal/Hindustan Times/Getty Images, Françoise Huguier/Agence VU/laif

Fotos: Obie Oberholzer/laif, Andreas Solaro/AFP/Getty Images

GRENZWERTIG

Fotos: M.I.A., Cathal McNaughton/Reuters



ANKLAGEND Viereinhalb Minuten voller eindrücklich inszenierter Bilder von flüchtenden Menschen: Mit dem Video zu ihrem Song „Borders“ prangert die populäre britische Rapperin M.I.A. Gleichgültigkeit und Unentschlossenheit in dieser globalen Krise an.



UNÜBERWINDBAR Erstmals 1969 als Provisorium im aufflammenden Nordirlandkonflikt errichtet, trennen die „Peace Walls“ noch heute protestantische und katholische Wohnviertel in der Hauptstadt Belfast. Die insgesamt 100 Mauern haben eine Gesamtlänge von 21 Kilometern.

Fotos: Dirk Reinartz/VISUM, Samo Vidic/Getty Images



AUSGEGRENZT Mit gesellschaftskritischen Projekten sorgt der spanische Künstler Santiago Sierra immer wieder für Aufsehen. So ließ er 2003 den Pavillon Spaniens bei der Biennale in Venedig zumauern und bewachen. Nur mit spanischem Pass durfte man das leere Gebäude betreten.



ATEMLOS Beim Freitauchen loten die Sportler ihre körperlichen Grenzen aus – sie müssen mit einem einzigen Atemzug auskommen. Den Weltrekord im Tieftauchen ohne Flossen oder ähnliche Hilfsmittel hält der Neuseeländer William Trubridge (Foto) mit 121 Metern.

GRENZEN TRENNEN STAATEN UND STÄDTE. SIE WERDEN GESCHÜTZT UND MISSACHTET. GRENZEN SORGEN FÜR BARRIKADEN IN DEN KÖPFEN. UND SIE BERGEN DEN REIZ DES EXTREMEN

ANKOMMEN

FLIEHEN ODER KONVERTIEREN? INTEGRIEREN ODER ABGRENZEN? DULDEN ODER VERBIETEN? AM SCHICKSAL DER WALDENSER LÄSST SICH VIEL ÜBER DIE AMBIVALENZ VON GRENZEN LERNEN

Es gibt sie noch, die offenen Arme: „Alle Einwohner haben sich beeilt, uns in ihre Häuser aufzunehmen, mit besten Speisen zu verköstigen, in ihre Betten zu legen und den Nackenden Hemden und Kleider zu geben“, berichtet ein Flüchtling in Genf. Nur: Bleiben sollen die neuen Glaubensflüchtlinge diesmal nicht.

Es ist Spätsommer 1698 und die Schweiz ächzt immer noch unter dem Strom von Zuwanderern, vor allem aus Frankreich. Vor ein paar Tagen haben auch viele Waldenser ihre geliebten Bergtäler in Savoyen verlassen müssen – wieder einmal. Ausgewiesen von einem Landesfürsten, dem es opportun erscheint, die restriktive Religionspolitik des mächtigen französischen Nachbarn zu unterstützen.

In Gruppen zu mehreren Hundert waren die Flüchtlinge unterwegs, waten durch Schlamm und Wasser,

auf unsicheren Gebirgspässen in den Cottischen Alpen. Ohne zu wissen, wo sie am Ende landen werden. Nur ihre nächste Etappe stand fest: die vermeintlich rettende Schweiz.

Doch dort ist man – trotz einiger Hilfsbereitschaft – entsetzt, als man die neuen Glaubensflüchtlinge erblickt: „Sie sind fast alle mittellos, sehr übel bekleidet. Der größte Teil sind Witwen, Weiber und Kinder, auch viele Kranke. Sie wissen nicht, wohin.“

Es braucht dringend eine Lösung, eine neue Heimat. Selbst wenn der Himmel sich den Flüchtlingen in den Weg stellt, mit Regen, Schnee, eisiger Kälte wie in diesen Tagen, für sie gibt es kein Zurück – diesmal nicht. Zu Hause drohen Tod oder Gefängnis oder die Zwangskonversion. Die Waldenser sind Opfer europäischer Religionspolitik – wie Hunderttausende anderer Flüchtlinge in dieser Zeit.

In Genf ist darüber einer besonders verbittert: „Uns verjagt man ohne Brot, nachdem wir gut gedient haben.“ Henri Arnaud war ein paar Tage vor den anderen angekommen, um für seine Glaubensgenossen eine Zuflucht zu organisieren. Der Waldenserpfarrer ist jetzt Mitte 50, von zäher Natur, selbstbewusst, kämpferisch. Ein Strippenzieher und Anführer.

Schon vor zehn Jahren war Arnaud in einer ähnlichen Situation wie jetzt: Damals glaubte er noch, dass es nur eine vorübergehende Zuflucht sein würde – in der Schweiz, in Württemberg oder in der Kurpfalz. Nur so lange, bis die Zeit reif wäre, um in die Bergtäler zurückzukehren. Den Schweizern galt Arnaud daher als Unruhestifter, der die übrigen Waldenser aufwiegelte. Einer, der die Verteilung in andere, entferntere Länder wie Brandenburg hintertrieb: „Was →

UNDULDSAMER ENKEL

Mit dem Edikt von Fontainebleau löste Frankreichs König Ludwig XIV. im Jahr 1685 eine der größten Flüchtlingsbewegungen seiner Zeit aus: Er widerrief das Duldungsedikt seines Großvaters Heinrich IV., der den französischen Protestanten („Hugenotten“) begrenzte Religionsfreiheit gewährt hatte.

ALS KETZER VERFOLGT

Die Waldenser gehen auf den Kaufmann und Wanderprediger Petrus Waldes aus Lyon zurück, der im 12. Jahrhundert eine christliche Armutsbewegung gründete. Sie breiteten sich in West- und Mitteleuropa aus, wurden aber von der offiziellen Kirche durch die Inquisition fast vernichtet.



LUX LUCET IN TENEBRIS – DAS
LICHT LEUCHTET IN DER FINS-
TERNIS: DIE INSCRIFT IM WAL-
DENSER-WAPPEN SPIEGELT
DAS SELBSTVERSTÄNDNIS IN
VERFOLGUNG UND FLUCHT



VERTREIBUNG AUS DER HEIMAT
1698 – HEUTE FÜHRT EIN KULTURFERNWANDERWEG ÜBER
DIE GRENZEN VON DAMALS
([WWW.HUGENOTTEN-
WALDENSERPFAD.EU](http://WWW.HUGENOTTEN-
WALDENSERPFAD.EU))

→ den Arnaud betrifft, ist demselben wenig oder nicht zu trauen“, warnten Vertreter einiger Städte.

Für eine kurze Zeit gelang Arnaud und seinen Anhängern tatsächlich die Rückkehr nach Savoyen – mit Waffengewalt und dank günstiger politischer Umstände. Einflussreiche protestantische Großmächte wie England und die Niederlande bedienten sich ihrer Sache. Auch Savoyens Herzog Viktor Amadeus II. brauchte seine Waldenser damals, um gegen Frankreich zu kämpfen. Doch diese „Glorreiche Rückkehr“ in die Heimat endet zehn Jahre später dort, wo sie begonnen hatte: im Schweizer Exil.

Dort beraten die Einheimischen jetzt über eine langfristige Lösung für die Flüchtlinge – keine Rückkehr mehr, weder nach Savoyen noch in die Schweiz. Denn Missernten und Überbevölkerung haben das Leben im Land ohnehin teuer genug gemacht. Am besten solle man die Waldenser gleich weiterschicken. Nur wohin?

Die Lage ist nicht nur schwierig, sie ist zum Verzweifeln. Der Winter naht und Verhandlungen mit möglichen Aufnahmeländern brauchen Zeit. Arnaud bittet die Schweizer deshalb, dass die Waldenser noch über den Winter bleiben dürfen. Er wolle in der Zwischenzeit eine neue Heimat suchen. Widerwillig stimmen sie zu.

Städte und Gemeinden ringen darum, wer wie viele Flüchtlinge aufnehmen soll. Einige wollen lieber Geld geben. Einigkeit besteht nur in

einem Punkt: Spätestens im Frühjahr 1699 soll Schluss sein. „Da die deutschen und andere Fürsten uns immer darauf getröstet haben, dass sie nach dem Krieg die Exilanten bei sich aufnehmen wollten, aber ihr Versprechen nicht gehalten haben, so sind wir entschlossen, dieselben auf den Frühling über die Grenze zu schicken.“

Die Waldenser wenden sich Hilfe suchend an ihre protestantischen Unterstützer. Besonders England, die Niederlande und Brandenburg sollen bei den Fürsten intervenieren. Tatsächlich kommen mehrere Territorien in Hessen und im durch die jüngsten Kriege entvölkerten Südwesten Deutschlands als neue Heimat in die engere Wahl. Darunter das streng lutherische Herzogtum Württemberg – wo die Ansiedlung der Waldenser schon vor zehn Jahren gescheitert war. Diese Calvinisten seien ein „heimliches Gift wie der Krebs und schlimmer wie die Pest“, schimpften die württembergischen Lutheraner damals.

Als Henri Arnaud mit einer Delegation abermals in Stuttgart vorspricht, betont er deshalb besonders die Unterschiede zwischen den calvinistischen Hugenotten und seinen – nicht weniger calvinistischen – Waldensern: Die Religion seiner Anhänger sei „ebenso alt wie die der Apostel“, vorreformatorisch, quasi die Mutter von Lutheranern und Reformierten. Was die Waldenser zu den akzeptableren Flüchtlingen mache – nicht nur in Württemberg. Und tat-

sächlich: Herzog Eberhard Ludwig zeigt sich zunächst offen für eine neuerliche Ansiedlung der Waldenser. Sie könnte dem Land demografisch und ökonomisch guttun, so sein Kalkül. Nur wenige Tage später schaut sich einer seiner Beamten zusammen mit der Waldenser-Delegation nach geeigneten Orten um. Er schwärmt von den wirtschaftlichen Vorteilen einer Ansiedlung, von Tabakanbau, Seidenwürmerzucht und Maulbeerbaum-Kultivierung, die jetzt in Württemberg beginnen könnten, und davon, dass die Waldenser „viel réfugierte Franzosen an sich ziehen, mithin die Commerciens in Flor bringen“.

Allein: Die Verhandlungen ziehen sich hin. Nicht jeder ist von den Vorteilen überzeugt. Bald türmen sich Gutachten und Gegengutachten. Was könnte es für politische Auswirkungen haben, wenn ein streng lutherisches Land einer reformierten Minderheit die öffentliche Religionsausübung gestattet? Welche finanziellen Lasten kommen auf das Land zu? Überhaupt seien die gut qualifizierten, bestgestellten Waldenser längst in anderen Ländern untergekommen, in Brandenburg und Hessen-Darmstadt. Jetzt solle man also in Württemberg nur die Milch haben ohne den Rahm?

Die Zeit wird knapp, Arnauds Glaubensgenossen in der Schweiz immer unruhiger. Der Pfarrer und einige Mitstreiter reisen wieder nach Holland und England, um dort finanzielle und politische Unterstützung →

Abbildung: Henri-Arnaud-Haus, Ötisheim-Schönenberg



RETTENDE GRENZEN

Nur in wenigen, schwer zugänglichen Gebieten wie den Cottischen Alpen oder hinter den Grenzen von Nachbarländern konnten die Waldenser überleben. Im 16. Jahrhundert schlossen sie sich der Reformation an und übernahmen das calvinistische Bekenntnis.



PROFITEURE DER FLUCHT

Hunderttausende Protestanten flohen vor der Politik Frankreichs ins Ausland. Anders als bei den weniger erfolgreichen Waldensern in Württemberg profitierten die Aufnahmeländer in der Regel von der Wirtschaftskraft und Qualifikation der Neubürger. Frankreich dagegen litt noch lange unter dem Braindrain.

→ zu mobilisieren. Der daraufhin steigende außenpolitische Druck auf Herzog Eberhard Ludwig verfehlt seine Wirkung nicht: Im Frühjahr 1699 erscheinen die ersten Flüchtlinge in Württemberg, Hunderte von waldensischen, aber auch hugenottischen Familien folgen ihnen. Der Herzog gewährt ihnen großzügige Privilegien, darunter die Gründung eigener Kolonien mit französisch klingenden Namen wie Perouse oder Pinache. Und: Zum ersten Mal darf in Württemberg eine reformierte Minderheit öffentlich ihre Religion ausüben.

Ein Sieg der Diplomatie über konfessionelle Engstirnigkeit – aber die eigentlichen Hindernisse müssen noch überwunden werden. Viele Waldenser murren, dass Henri Arnaud sie so nah an der Grenze zu Frankreich untergebracht hat. Sie leben in halb zerfallenen Baracken, Schanzen, Zelten und Blockhäusern. Die zugewiesenen Felder müssen erst wieder mühsam urbar gemacht werden.

„Unser Volk wird fürs erste Jahr viele Mühe haben“, gesteht Arnaud ein, aber „unsere Feinde werden mit Beschämung zusehen müssen, wie wir uns hier mit größerer Ruhe einrichten, als wir sie je genossen haben unter der Herrschaft der papistischen Fürsten“. Immer wieder wendet sich Arnaud in den nächsten Jahren mit Bittgesuchen an den Herzog, mal um Saatgut, mal um Geld, mal um den Erlass von Abgaben oder die Öffnung des herzoglichen Kornspeichers.

Doch die großzügige Politik von Eberhard Ludwig gegenüber den Waldensern schafft auch neue Grenzen: Die Privilegierung der Flüchtlinge erfolgt auf Kosten der einheimischen Bevölkerung, die zum Beispiel die Steuerfreiheit der Neubürger ausgleichen oder Weideland abgeben muss. Häufig kommt es zu Streitereien und handfesten Auseinandersetzungen.

Obwohl die beiden Bevölkerungsgruppen nicht weit voneinander entfernt wohnen, kann von Integration keine Rede sein: In Schule und Kirche sprechen die Waldenser Französisch, im Alltag Okzitanisch. Ihre weitgehende Unabhängigkeit weckt Misstrauen, die Armut und Bettelei vieler Flüchtlinge provoziert die Einheimischen. Die deutschen Nachbarn betrachten die Parallelgesellschaft der „Welschen“ im besten Fall indifferent, meist jedoch ablehnend. Die Waldenser wiederum grenzen sich lange bewusst ab, um ihre kulturelle und religiöse Identität zu bewahren.

Auch die hochfliegenden Erwartungen des württembergischen Herzogs und seiner Berater scheitern an der Wirklichkeit: Die aufgenommenen Waldenser erweisen sich nicht als große Tabak-, Maulbeerbaum- oder Seidenwurm-Züchter. Von wirtschaftlicher Blüte kann keine Rede sein. Die den Waldensern zugeschriebene Einführung der Kartoffel in Württemberg ändert nicht viel – sie bleiben noch jahrzehntelang bettelarm. Viele treibt das Heimweh nach den Bergtälern um, wo

immer noch Glaubensgenossen und Familienangehörige ausharren. Manche hoffen, in anderen Ländern bessere Bedingungen vorzufinden, und wandern aus. Hinzu kommen interne Querelen in den Kolonien.

Es wird mehr als 100 Jahre dauern, bis die Waldenser in Württemberg wirklich heimisch sind. Bis dahin müssen sie noch viele Opfer bringen: Anfang des 19. Jahrhunderts wird ihre Glaubensgemeinschaft in die lutherische Landeskirche zwangsintegriert, Französisch als Schul- und Predigt-sprache verboten. Schon zuvor haben die Waldenser nach Meinung eines Beobachters durch das Zusammenleben mit den Deutschen „viel von ihrer Originalität und Simplität verloren“.

Henri Arnaud erlebt diese Entwicklungen nicht mehr: Er stirbt 1721 in seinem Haus im württembergischen Schönenberg. „Ad utrumque paratus“ – zu beidem bereit – steht auf seiner Grabplatte. Zu Widerstand und zu Migration, zu Guerillakrieg und zu Gemeindefarbeit, zu Rückkehr und zu Neuanfang. Arnaud war bis zum Schluss zu beidem bereit. 1703, als die Waldenser in Savoyen wieder gebraucht wurden, brach er noch einmal auf. Nach vier Jahren kehrte er zurück nach Württemberg. Und arbeitete an der Herausgabe eines Buchs über die Sternstunde der Waldenser – er nannte es: „Die Glorreiche Rückkehr“. □

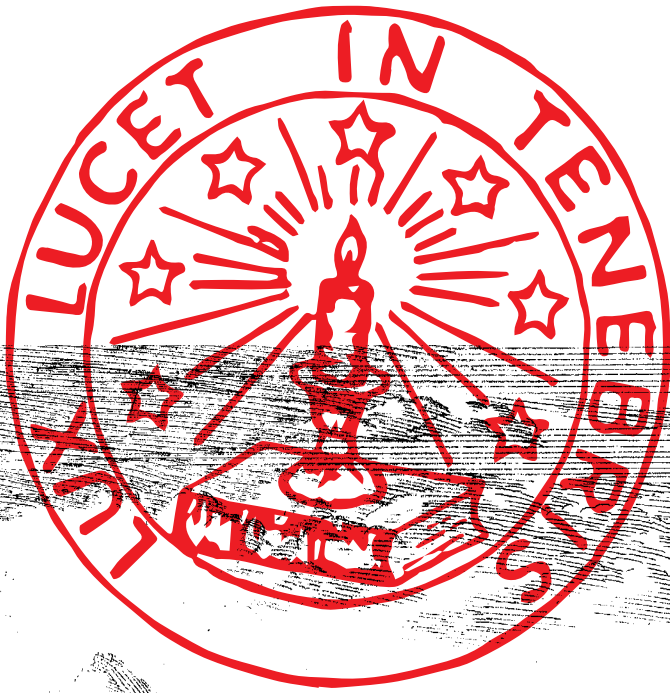
► AUTOR Axel Reimann arbeitet als freier Journalist

★ RELIGIÖSE TOLERANZ

Calvinistische Waldenser und Hugenotten wurden Ende des 17. Jahrhunderts teilweise auch in lutherischen Territorien wie Württemberg aufgenommen. Dies widersprach dem Status quo des Westfälischen Friedens und durchbrach die konfessionelle Geschlossenheit der Länder.

★ BITTE UM VERGEBUNG

Die Waldenser zählen heute nach eigenen Angaben weltweit etwa 100.000 Mitglieder, überwiegend in Italien, Südamerika, Deutschland und den USA. Am 22. Juni 2015 hat Papst Franziskus die Waldenser für die erlittenen Verfolgungen um Vergebung gebeten.



AUFGENOMMEN, VERTEILT,
WEITERGESCHICKT. HUGENOT-
TEN UND WALDENSER WAREN
TREIBGUT EUROPÄISCHER
REAL- UND RELIGIONSPOLITIK.
AUCH AM GENFER SEE TREF-
FEN SICH IHRE WEGE

EISFREIER EISFREIER SOMMER

DAS EIS AM NORDPOL SCHMILZT RAPIDE. GETRIEBEN VOR ALLEM VON DER AUSSICHT AUF RIESIGE BODENSCHÄTZE, MARKIEREN DIE ANRAINERMÄCHTE IHR REVIER. DOCH DIE GRENZE DER BELASTBARKEIT FÜR DIE REGION IST ERREICHT, SAGT KLIMAFORSCHER ANDERS LEVERMANN



Anders Levermann ist Wissenschaftler am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung und Professor für die Dynamik des Klimasystems am Institut für Physik der Universität Potsdam

Die Arktis erwärmt sich doppelt so schnell wie der Rest der Welt. Hält diese Entwicklung an, könnte sie innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahrzehnte im Sommer eisfrei sein. Warum sollte uns das beunruhigen?

Zum einen verstärkt das schmelzende Eis im Nordpolarmeer die Erderwärmung durch die verringerte Rückstrahlkraft des dunklen Ozeans im Vergleich zum hellen Eis. Zum anderen wird ein enormes Ökosystem, das sich unter, auf und sogar im Eis befindet, nachhaltig gestört. Viele Leute schalten beim Begriff Ökosystem ab und denken, das sei etwas für Naturliebhaber. Aber die Arktis strahlt sowohl in den Atlantik als auch in den Pazifik hinein. Eine Fundamentalstörung eines der beiden Pole wird nicht ohne Folgen für deren Ökosysteme bleiben. Das kann uns nicht egal sein.

Inwieweit verschieben sich durch die Eisschmelze Klimagrenzen?

Klimagrenzen stehen, wenn man so will, für das alte Bild der Klimazonen, das die Geografen einst entwickelt haben. Die Verschiebung einer Klimazone klingt zwar massiv, aber auch langsam und behäbig. Ich würde eher von einem sehr dynamischen Klimasystem sprechen. Wir sehen das beispielsweise am Jetstream, den wir in den mittleren Breitengraden haben und der das Wetter in Europa und Amerika bestimmt. Inwieweit er durch ein Abschmelzen der Arktis beeinflusst wird, ist zwar noch nicht abschließend geklärt. Aber die steigende Zahl der Wetterextreme, beispielsweise Hurrikan Sandy 2012 an der US-Ostküste, zeigt uns, was hier möglich ist.

Ist die Belastungsgrenze der Arktis bereits erreicht?

Die Vorstellung vom ewigen Eis am Nordpol wird verschwinden. Wir werden auch unter größten Klimaanstrengungen Mitte des Jahrhunderts im Sommer praktisch kein Eis mehr in der Arktis haben.

Die Anrainerstaaen Russland, Kanada, Dänemark, USA und Norwegen scheint das nicht weiter zu stören. Längst ist ein Wettstreit um die Gebiete entbrannt, die das schmelzende Eis freigibt ...

Die Arktis war lange ein uninteressantes Gebiet. Das hat sich jedoch komplett gedreht, vor allem wegen der enormen Rohstoffvorkommen, die bereits unter dem Eis gefunden wurden. Es ergeben sich aber auch neue geopolitische Herausforderungen, wenn Kanada und die USA nicht mehr durch ewiges Eis von Russland und Asien getrennt sind.

Der Club of Rome warnte schon 1960 vor Wachstumsgrenzen, der Endlichkeit der globalen Ressourcen und explodierenden Rohstoff-

preisen – wie ist diese Prognose aus heutiger Sicht zu bewerten?

Das Problem liegt nicht in der Endlichkeit der fossilen Brennstoffe, sondern in der begrenzten Aufnahmefähigkeit der Atmosphäre, wenn wir fossile Brennstoffe weiter nutzen. Lange herrschte der Gedanke: Wir versuchen, so viel wie möglich aus der Natur herauszuholen. Heute beschäftigt man sich viel stärker damit, wie wir mit globalen öffentlichen Gütern, zu denen auch die Atmosphäre gehört, umgehen. Die alte Auseinandersetzung zwischen Naturwissenschaftlern und Ökonomen über Wachstumsprozesse rückt hier langsam in den Hintergrund. Wir müssen in einer endlichen Welt viele Dinge anders denken.

Also Selbstbegrenzung statt Ausweitung der Grenzen?

Auch wenn die Bodenschätze der Arktis für viele Länder ein ökonomisches Geschenk wären – mit Blick auf den Klimawandel dürfen wir es nicht auspacken. Das würde Schäden verursachen, die wir teilweise nicht mehr monetarisieren können. Diese Grenze gibt uns der Planet vor. Die schmelzende Arktis zeigt uns das mit einem der größten sichtbaren Effekte des Klimawandels, der wiederum einen zusätzlichen Treiber, die fossilen Brennstoffe, freisetzt. Wir beobachten hier einen Selbstverstärkungseffekt, einen sogenannten Kipppunkt, zwischen dem Energiewirtschaftssystem und dem physikalischen System. Hier sieht man im Kleinen, was das Problem im Großen ist.

Sie vertreten die These, dass ein ungedämpfter Klimawandel die Welt an die Grenze der Anpassungsfähigkeit führen wird. Wann wird diese Grenze erreicht sein?

Es wird einen Klimawandel geben, den wir hinnehmen müssen und an



DIE ARKTIS IM SOMMER 2015: DIE EISFLÄCHE IST RUND 1,8 MILLIONEN QUADRATKILOMETER KLEINER ALS DER DURCHSCHNITTSWERT IM SOMMER DER JAHRE 1981 BIS 2010 (GELBE LINIE)

den sich Teile der Gesellschaft und der Ökosysteme nicht werden anpassen können. Zum Beispiel werden bei zwei Grad Erderwärmung die meisten Korallenriffe der Welt sterben. Das bedeutet auch ein Aussterben von lokalen Wirtschaftssystemen. Weltweit hängt der Lebensunterhalt von 600 Millionen Menschen an Korallenriffen. Solche Grenzen der Anpassungsfähigkeit gibt es an vielen Orten.

Und global gesehen?

Es ist nur eine Hypothese, aber wenn ich mir die prognostizierten Klimakurven der nächsten 200 Jahre bei ungebremsten Kohlenstoffemissionen anschau, kann ich mir nicht vorstellen, dass zehn Grad Erderwärmung keine ernsthaften Schäden für die gesamte Weltwirtschaft mit sich bringen.

Sie beraten auch Politik und Wirtschaft. Ist es naiv zu glauben, dass sich ökologische Vernunft, speziell in der Arktis, noch durchsetzt?

Als Klimaforscher betone ich immer, dass die Gesellschaft die Entscheidun-

gen trifft – die Wissenschaft berät sie nur mithilfe von Wenn-dann-Aussagen. Wenn wir unter zwei Grad Erderwärmung bleiben wollen, dann müssen wir die Emissionen innerhalb der nächsten 30 Jahre auf null fahren. Das bedeutet auch, dass wir fossile Brennstoffe im Boden lassen müssen. Wenn wir weiter verbrennen, wird die Erde sich weiter erwärmen.

Für das Heben der arktischen Bodenschätze müsste man angesichts von Temperaturen bis zu minus 70 Grad Celsius und driftenden Eisplatten technische Grenzen überwinden. Nährt das Ihre Hoffnung, dass die Rohstoffe noch eine Weile unangetastet bleiben?

Es wäre mir bedeutend lieber, wenn es eine willentliche Entscheidung unserer Gesellschaft ist, die Arktis und somit das Weltklima zu schützen, und nicht am Ende eine Frage der technischen Möglichkeiten. □

▶ AUTOR Andreas Lang ist Redakteur des Magazins 51°

GRENZKONFLIKTE IM CYBERSPACE

„Regierungen der industriellen Welt, ihr müden Giganten aus Fleisch und Stahl, ich komme aus dem Cyberspace, der neuen Heimat des Geistes. Im Namen der Zukunft bitte ich euch, Vertreter einer vergangenen Zeit: Lasst uns in Ruhe! [...] Der Cyberspace liegt nicht innerhalb eurer Hoheitsgebiete. [...] Unsere Identitäten werden möglicherweise über die Zuständigkeitsbereiche vieler eurer Rechtsprechungen verteilt sein. [...] Ihr [versucht], das Virus der Freiheit abzuwehren, indem ihr Wachposten an den Grenzen des Cyberspace postiert. Sie werden die Ansteckung für eine Weile eindämmen können, aber sie werden ohnmächtig sein in einer Welt, die schon bald von digitalen Medien umspannt sein wird.“

Es war vor 20 Jahren, im Februar 1996, als der Ex-Rinderzüchter, Grateful-Dead-Songschreiber und Netzbewohner der ersten Stunde, John Perry Barlow, diese „Unabhängigkeitserklä-

rung des Cyberspace“ per E-Mail an Freunde und Kollegen schickte. Er reagierte damit auf die Verabschiedung des Telecom Reform Act. Die US-Regierung hatte damit seiner Einschätzung nach „dem Cyberspace den Krieg erklärt“ – indem sie die Redefreiheit mit mehr Verboten belegte, als es in der Kantine des Senats der Fall sei. Macht mit meiner Erklärung, was ihr wollt, schrieb er, ihr müsst nicht einmal meinen Namen daruntersetzen. Hauptsache, sie wird verbreitet.

Und das wurde sie. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich der Text; am Ende war er auf etwa 40.000 Websites veröffentlicht – zu einer Zeit, in der es weit weniger als eine Million davon gab. Der Cyber-Libertarianism war in diesem Dokument zu sich gekommen, die Idee, dass das Netz grenzenlos sei und es Staaten nicht gelingen werde, ihren Einfluss dorthin auszudehnen, wurde von den einen mit Begeisterung aufgenommen und als Beginn einer neuen

Zeit bejubelt, von anderen gefürchtet oder als unfassbar naiv abgetan.

Heute, 20 Jahre später, leben wir in einer anderen Welt. Noch immer ist der Charakter des Internets transnational, grenzüberschreitend. Noch immer gibt es keine Institution, die „das Internet“ in seiner Gesamtheit reguliert – eine Tatsache, die bei vielen Verblüffung, wenn nicht Unglaube hervorruft. Noch immer beruht die Funktionsfähigkeit des Internets auf den Standards, die die Internet Engineering Task Force entwickelt – eine Organisation ohne Mitgliedschaftsbedingungen, deren Grundsatz einer der Väter des Internets, David Clark, in dem legendären Satz zusammengefasst hat: „Wir lehnen Könige, Präsidenten und Wahlen ab. Wir glauben an grobe Übereinstimmung und Computerprogramme.“

Zugleich hat eine massive „Re-Nationalisierung“ des Netzes stattgefunden. Länder wie China, Iran, Saudi-Arabien und andere haben mit

Liegt die Lösung darin, mehr Grenzen im Netz einzuziehen?

ÜBER DEN UMGANG MIT BARRIERN IM DIGITALEN ZEITALTER

Eine Meinung
des Journalisten
Matthias Spielkamp

enormem technologischen Aufwand Mauern um „ihr“ Internet gebaut, mit denen sie versuchen, ihren Bürgern nur das zugänglich zu machen, was die Regierenden für richtig halten. Und obwohl viele westliche Regierungen diese Praktiken seit Jahren kritisieren, versuchen sie ebenso, ihre nationalen Vorstellungen im Netz durchzusetzen. So dürfen Websites mit Nazipropaganda Suchmaschinennutzern in Deutschland nicht angezeigt werden; fahren dieselben Nutzer in die USA, sehen sie die Seiten ohne Einschränkung. Zwar kann man diese Hindernisse weiterhin umgehen, doch der dafür notwendige Aufwand ist bereits heute unterschiedlich hoch, und er wächst weiter. Wer die Chinesische Mauer im Netz überwinden will, muss erheblich versierter vorgehen als derjenige, der in Deutschland ungefilterte Suchergebnisse sehen will.

Was dem einen Zensur, ist dem anderen legitime, kulturell beding-

te Selbstbeschränkung – wie eben das Verbot der Holocaust-Leugnung. Doch die Fronten verlaufen nicht einfach zwischen Libertären auf der einen und Anhängern eines „starken Staates“ auf der anderen Seite. Die Snowden-Enthüllungen haben es gezeigt: Die staatlichen Überwachungsmaschinen respektieren eben keine Landesgrenzen, sie machen nicht halt vor „befreundeten“ Staaten, sondern nutzen genau den transnationalen Charakter des Netzes, um alle Daten in sich hineinzufressen, die sie kriegen können. Und wie wir inzwischen eingestehen mussten, steht der deutsche BND dabei nicht auf der Seite der Guten, sondern hat vergleichbar grenzenlose (sic!) Vorstellungen davon, was ihm beim Spionieren erlaubt sein sollte, wie die National Security Agency der USA und der britische GCHQ.

Liegt also nicht eher die Lösung darin, mehr Grenzen ins Netz einzu-

ziehen, so wie es die Befürworter des sogenannten Schengen-Routings behaupten? Sie wollen, dass Datenpakete, deren Absender und Empfänger sich im Schengen-Raum befinden, diesen auch nicht verlassen dürfen. Doch abgesehen davon, dass dieser Vorschlag technischer Unsinn wäre, der genau die Eigenschaften des Internets zunichtemachen würde, die diesem zu seinem in der Menschheitsgeschichte beispiellosen Siegeszug verholfen haben: Es wäre auch nichts anderes als der Glaube daran, dass Technik uns erlösen kann – nur anders gewendet als bei Netzpionier John Perry Barlow.

Technik kann ein Hilfsmittel sein, doch in demokratischen Rechtsstaaten, die wir zu sein behaupten, müssen wir, der Souverän, den Regierungen die Grenzen ihres Handelns aufzeigen. Wie das funktionieren kann, beginnen wir gerade erst zu verstehen. □

Foto: Alexander Janetzko




► **Matthias Spielkamp** ist Mitgründer und Herausgeber des Online-Magazins iRights.info, das über Rechtsfragen der digitalen Welt informiert (prämiert mit dem Grimme Online Award). Er hat Philosophie und Journalismus studiert und mehrere Bücher veröffentlicht

OSMAN KAVALA
SCHEUT DAS
RAMPENLICHT.
IN DEN VORDER-
GRUND RÜCKT
ER LIEBER SEINE
PROJEKTE ZUM
ERHALT DER
KULTURELLEN
VIELFALT IN DER
TÜRKEI



FÖRDERER DER VIELFALT

*DER MÄZEN OSMAN KAVALA
HAT ES SICH MIT SEINER
KULTURSTIFTUNG ZUR LEBENS-
AUFGABE GEMACHT, IN DER
POLARISIERTEN TÜRKISCHEN
GESELLSCHAFT DIE GRENZEN IN
DEN KÖPFEN ZU ÜBERWINDEN*

 Das Thema der Vernissage im Dezember 2006 im Istanbuler Szeneviertel Beyoğlu gilt als brisant: Es geht um Türken und Armenier und wie sie sich gegenseitig sehen. In der Galerie drängen sich geladene Gäste und Schaulustige. Fernsichtteams filmen die Ansprachen, die Künstler werden von Reporterstatten aus dem In- und Ausland interviewt. Abseits vom Scheinwerferlicht plaudert ein hochgewachsener Mann höflich mit einigen Gästen, bevor er verschwindet, ohne selbst das Mikrofon ergriffen zu haben. Diese Szene ist charakteristisch für Osman Kavala: Die Ausstellung erweist sich als bahnbrechend, wird über Jahre international gezeigt und ebnet den Weg für neue Kooperationen zwischen den Zivilgesellschaften der beiden Länder. Doch den Mann hinter diesem und vielen ähnlichen Projekten kennt bis heute kaum jemand.

Das ist ihm auch ganz recht so, sagt Osman Kavala. In Hemdsärmeln sitzt der Millionenerbe und Mäzen dort, wo er sich wohler fühlt als im Scheinwerferlicht – zwischen Büchern, Büchern und noch mehr Büchern. In seinem Arbeitszimmer im Konzern- und Stiftungssitz nahe dem Taksim-Platz in Istanbul füllen die Bücher nicht nur die Regale, sie stapeln sich auch auf den Tischen und auf dem Boden und ergießen sich als Lawine über den langen Arbeitstisch. Die Aussicht aus seinem Fenster im dritten Stock geht auf die nächsten Häuser. Den Panoramablick auf den Bosphorus vom obersten Stockwerk aus überlässt Kavala den Mitarbeitern der Stiftung, die sein Lebenswerk ist.

„Anadolu Kültür“ heißt die Stiftung, was mit „Kultur Anatoliens“ besser übersetzt ist als mit „Anatolische Kultur“. Denn der Name ist Programm: Nicht eine homoge-

ne Kultur hat dieses Land, sondern viele Kulturen, die im Laufe der Jahrhunderte auf diesem Boden gewachsen sind. „Ich stehe für kulturelle Vielfalt“, sagt Osman Kavala, „aber auch dafür, gemeinsame Werte zu fördern.“ Wenn verschiedene Kulturen nebeneinanderher lebten, ohne zu interagieren, dann sei das auch nicht gesund. Das doppelte Ziel der Stiftungsarbeit ist daher, kulturelle Vielfalt zu erhalten und Gemeinsamkeiten zu schaffen. „Wir suchen Wege, wie Menschen verschiedener kultureller Hintergründe zusammenarbeiten können“, beschreibt Kavala seinen Ansatz – Wege, um die Grenzen in den Köpfen zu überwinden.

Solche Wege findet die Stiftung nun schon seit 14 Jahren. Der Kulturaustausch zwischen der Metropole Istanbul und der anatolischen Provinz ist einer ihrer Schwerpunkte, die kulturelle Zusammenarbeit mit Europa und der Dialog mit Armenien sind weitere Kernthemen. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit steht aber die kulturelle Vielfalt von Anatolien, die Kavala vor dem Vergessen und der Zerstörung bewahren will. Noch regen sich die uralten einheimischen Kulturen, die von der Türkischen Republik jahrzehntelang vernachlässigt, gezeugnet oder unterdrückt wurden – von den Armeniern über die Kurden bis zu den Jesiden. Mit Ausstellungen, Filmen, Konzerten, Austauschprogrammen, Werkstätten und zahllosen weiteren Kulturprojekten bemüht sich die Stiftung, das verschüttete Kulturerbe ans Tageslicht zu holen, bevor es zu spät ist.

Ein etwas gespanntes Verhältnis zur türkischen Staatsideologie, die jahrzehntelang das homogene Einheitsvolk propagiert hat, kann da nicht ausbleiben. „Ja, diese Spannung bekomme ich zu spüren“, sagt Kavala und lacht. Zwar →

→ habe sich mit den Jahren einiges verbessert, seit die Stiftung im Jahr 2002 gegründet wurde – die junge Generation wisse heute zumindest mehr über die vielschichtige Vergangenheit des Landes. „So engstirnig wie früher ist das Klima nicht mehr“, sagt er. „Aber leider geht die Entwicklung nicht immer zum Besseren.“

Den Nationalismus meint Kavala damit, der sich in der Türkei immer wieder Bahn bricht und in den Verfechtern eines kulturellen Pluralismus gefährliche Feinde der Nation sieht – so auch in ihm selbst. Weil er mit dem amerikanischen Philanthropen George Soros und mit deutschen Stiftungen wie Mercator kooperiert, wird Kavala in der türkischen Öffentlichkeit oft unterstellt, im Auftrag eines feindlichen Auslandes die Einheit der Türkei untergraben zu wollen. So absurd diese Angriffe sein mögen, so treffen und schmerzen sie den 58-Jährigen doch noch immer. „Ich wünschte, die Leute würden verstehen, dass ich aus eigenem Antrieb und eigener Überzeugung handle und nicht als Handlanger einer fremden Macht“, sagt er. „Ich wünschte, die Leute würden verstehen, was ich tue.“

Als kulturelles Mosaik wird Anatolien oft beschrieben, dessen Steinchen sich über Jahrzehnte, Jahrhunderte und Jahrtausende am Kreuzweg der Kulturen angesammelt haben. Das Mosaiksteinchen von Osman Kavala ist erst im letzten Jahrhundert hier angespült worden, und zwar vom Bevölkerungsaustausch zwischen Griechenland und der Türkei nach dem Ersten Weltkrieg. Rund 1,5 Millionen ethnische Griechen wurden 1923 mit dem Segen des Völkerbundes aus Anatolien ausgewiesen, um die bunt gemischte Bevölkerung des Osmanischen Reiches zu nationalisieren; im Gegenzug wurden eine halbe Million Muslime aus Griechenland zwangsumgesiedelt. Unter den Vertriebenen aus Griechenland waren ein muslimischer Tabakbauer namens Tahir und sein zwölfjähriger Sohn Mehmet, die sich in der Türkei später den Namen ihrer verlorenen griechischen Heimatstadt zum Familiennamen wählten: Kavala. Seinen Großvater Tahir hat Osman Kavala nicht mehr lange genug erlebt,



OSMAN KAVALAS VORFAHREN WURDEN NACH DEM ERSTEN WELTKRIEG AUS GRIECHENLAND IN DIE TÜRKEI ZWANGSUMGESIEDELT

um ihn nach dem Leben vor der Umsiedlung fragen zu können, und sein Vater Mehmet hat nie viel über seine griechische Kindheit erzählt. Dennoch habe er sich schon immer für die Griechen interessiert und ihre Freundschaft gesucht, erzählt Osman Kavala. Das war in seiner Jugendzeit gar nicht so einfach, als die Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland noch vor allem von der Zypernkrise und Gebietsstreitigkeiten in der Ägäis geprägt waren. Mit Mitte 20 schloss Kavala sich deshalb einer Gruppe gleichgesinnter Intellektueller an und gründete mit den Schriftstellern Yaşar Kemal und Aziz Nesin, dem Archäologen Ekrem Akurgal und dem griechischen Komponisten

Mikis Theodorakis den „Türkisch-Griechischen Freundschaftsverein“ – in den 1980er-Jahren eine bahnbrechende Initiative, die zur politischen Entspannung zwischen Athen und Ankara beitrug.

Kavala war damals gerade aus New York zurückgekehrt, wo er studiert hatte, bis sein Vater Mehmet starb und er mit 24 Jahren an die Spitze des Familienunternehmens berufen wurde. Bis heute steht er dem Konzern vor, dessen einst breit gefächerte Geschäftsfelder er inzwischen auf Immobilien, Bergbau und digitale Karten reduziert hat. Der Löwenanteil seiner Zeit gilt heute der Stiftung, die sich gewissermaßen aus den Erfahrungen seines Engagements für die Beziehungen zur griechischen Gesellschaft entwickelt hat: Aus dem Interesse an der griechischen Vergangenheit in Anatolien wuchs eine Hochachtung für den gesamten Kulturschatz, den diese Region hervorgebracht hat.

„Ich glaube, so war das“, sagt Kavala – und noch etwas kam dazu. Als Schüler besuchte er in den 1970er-Jahren das traditionsreiche Robert College am europäischen Ufer des Bosphorus, das von einem amerikanischen Philanthropen gegründet wurde und bis heute die Elite der türkischen Jugend ausbildet. Anders als heute waren unter den Mitschülern damals noch viele Angehörige der Minderheiten des Landes, die dann nach und nach verschwanden: Griechen, Armenier und Juden. Als Jugendlicher habe er zunächst nicht verstanden, warum ihre Familien alle das Land verließen, sagt Kavala. Erst später bekam er mit, unter welchen Problemen sie zu leiden hat-

ten und welcher Diskriminierung sie in der Türkei ausgesetzt waren. „Und da dachte ich, ich sollte etwas dagegen unternehmen.“

Politisch interessiert ist Kavala schon immer gewesen, hat sich als Student bei den Linken engagiert und die einschlägigen Theoretiker gelesen. Für ein politisches Amt wollte er sich aber nicht bewerben. „In der Türkei haben wir ernste Probleme mit politischer Betätigung, denn wir haben keine Tradition rationaler öffentlicher Debatte“, erklärt er diese Entscheidung. „Die türkische Politik ist von Polarisierung geprägt: Wenn man eine politische Aussage trifft, hören andere gar nicht erst zu, weil sie einen längst abgestempelt haben.“

Mit der Zeit sei ihm daher der Gedanke gekommen, dass er mit Kunst und Kultur mehr bewirken könne als mit Politik im engeren Sinne. „Ich glaube, mit Kunst und Kultur lässt sich die Polarisierung etwas leichter überwinden.“

Wenn verschiedene Kulturen nebeneinanderher leben, ohne zu interagieren, dann ist das nicht gesund. Wir suchen daher Wege, wie sie zusammenarbeiten können

Wenn man einen Film oder eine Ausstellung sehe oder Musik höre, dann werde man seine Meinung zwar nicht sofort ändern, sagt Kavala, „aber es setzt ein Prozess ein, der mit der Zeit zu einer veränderten Einstellung führt“. Die Idee habe sich in der 14-jährigen Praxis der Stiftung bestätigt, findet er. „Wir erleben das etwa bei verschiedenen Ausstellungen, die wir über die Armenier in Anatolien veranstaltet haben – da haben wir beobachtet, wie die Menschen sich öffnen, lernen wollen und nachdenken.“ Dass nicht alle in der Türkei dazu bereit sind, ist freilich auch unbestreitbar: Einer der Teilnehmer jener

ersten Vernissage im Dezember 2006, der armenisch-türkische Journalist Hrant Dink, wurde wenige Wochen darauf von Nationalisten ermordet. ■

ersten Vernissage im Dezember 2006, der armenisch-türkische Journalist Hrant Dink, wurde wenige Wochen darauf von Nationalisten ermordet. ■

► AUTORIN Susanne Güsten arbeitet als freie Journalistin in Istanbul. 2014/15 war sie Mercator-Fellow am Istanbul Policy Center



DAS TÜRKISCH-ARMENISCHE JUGEND-SYMPHONIE-ORCHESTER – EINES DER PROJEKTE, DAS KAVALAS STIFTUNG FÖRDERT

GRENZEN ÜBERWINDEN

GEMEINSAM MIT UNSEREN PARTNERN WOLLEN WIR PERSPEKTIVEN ERÖFFNEN: FÜR MEHR KLIMASCHUTZ, EIN STARKES EUROPA, MEHR CHANCENGLEICHHEIT UND KULTURELLE BILDUNG AN SCHULEN



EUROPA

EUROPAS JUGEND EINE STIMME GEBEN

Sie teilen die gleichen Visionen, aber auch Zukunftsängste: Europas Jugend denkt ähnlich von Skandinavien bis Südeuropa. Das haben die Berliner Autoren Vincent-Immanuel Herr und Martin Speer 2014 auf einer Reise durch 14 europäische Länder herausgefunden. Anschließend stellten sie ein 14-köpfiges Autorenkollektiv zusammen, das im Herbst 2015 den Essay „Who, If Not Us?“ vorlegte. In Lesungen, Auftritten, Werkstattgesprächen und einer Fotoausstellung werben sie seither für ein gemeinsames europäisches Bewusstsein.

→ herrundspeer.de



MITGLIEDER DES AUTOREN-KOLLEKTIVS BEI DER PRÄSENTATION IHRES ESSAYS



KLIMAWANDEL

GEGENSÄTZLICHE POSITIONEN DISKUTIEREN, GEMEINSAME WEGE FINDEN

KlimaDiskurs.NRW ist eine unabhängige Dialogplattform, auf der strittige Themen des Klimaschutzes im bevölkerungsreichsten Bundesland offen diskutiert werden. Ziel des 2012 gegründeten Vereins ist es, gemeinsame Ziele und Handlungsschritte für eine klimaschonende Zukunft zu finden. Hierzu treffen sich regelmäßig Vertreter von Gewerkschaften, Kirchen, Kommunen, Unternehmen, Verbänden und Vereinen sowie wissenschaftlichen Einrichtungen zum

moderierten Dialog. Zu den wichtigen Themen zählen beispielsweise die zukünftige Rolle der Stadtwerke und kleiner Energieversorger sowie die Energieeffizienz von Gebäuden. „Es ist wichtiger denn je, dass wir diesen Dialog fortsetzen, gerade weil es bei vielen Klimathemen noch gegensätzliche Interessen gibt“, sagt Andrea Arcais, Geschäftsführer von KlimaDiskurs.NRW.

→ klimadiskurs-nrw.de



INTEGRATION

MEHR GANZTAG AN GYMNASIEN

Das Ganztagsgymnasium ist zukunftsweisend. Denn um alle Schüler bestmöglich individuell zu fördern, ist es sinnvoll, die schulische Lernzeit neu zu definieren und flexibler zu gestalten. Individuelle Förderung in Ganztagsschulen ist der zentrale Schlüssel für mehr Bildungsgerechtigkeit. Wie kann der Ganzttag im Gymnasium jedoch konkret aussehen? Und was muss sich verändern, damit individuelle Förderung gelingt und Potenziale entwickelt werden? Diesen Fragen widmet sich das Projekt Ganz In: Es begleitet 31 Gymnasien aus Nordrhein-Westfalen seit 2009 bei der Umstellung auf den Ganztagsbetrieb und der systematischen Ausweitung ihrer Lernangebote. Insbesondere Schüler aus bildungsfernen Milieus sollen ihre Potenziale auf diese Weise voll entwickeln können. In der nun laufenden zweiten Phase des Projektes geht es vor allem um die Vertiefung und den Transfer. So können die Schulen ihre Arbeit im Hinblick auf die Unterrichtsentwicklung verfestigen und intensivieren. Im Fokus stehen dabei die Fächer Deutsch, Englisch, Mathematik sowie die Naturwissenschaften.

→ ganzin.de



KULTURELLE BILDUNG

WANDEL MITGESTALTEN

Globalisierung, Migration, demografischer Wandel und wachsende Ballungsräume führen zu einer neuen Vielfalt von Lebenswelten. Bei der Gestaltung dieser komplexen Entwicklung können Kunst und Kultur wichtige Funktionen einnehmen. Die Zukunftsakademie NRW ist ein Ort, an dem Kulturschaffende und Akteure unterschiedlicher Disziplinen zusammenkommen, um innovative Ansätze auszuprobieren und weiterzudenken. Ihr Ziel: mehr Menschen aus NRW den Zugang zu Kultur und Bildung ermöglichen und sie zur aktiven Teilhabe anregen. Ihre Vision: eine Kulturlandschaft, die die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegelt.

→ zaknrw.de

BILDUNGS-
PROJEKTE
MIT JUGEND-
LICHEN IM
STADTRAUM
SIND EIN
TEIL DER
ZAK NRW



IMPRESSUM

51°

DAS MAGAZIN DER
STIFTUNG MERCATOR
AUSGABE 1.2016

HERAUSGEBER

Stiftung Mercator GmbH
Huysenallee 46
45128 Essen
Tel. +49 201 2 45 22 - 0
Fax +49 201 2 45 22 - 44
www.stiftung-mercator.de

VERANTWORTLICH

Dr. Gritje Hartmann

REDAKTION

Christine Ehrig,
Stiftung Mercator
Anton Notz, Andreas Lang,
C3 Creative Code and Content

Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben die Auffassung
des Autors wieder und sind keine
Äußerung der Stiftung Mercator.

KONZEPT UND LAYOUT

C3 Creative Code and Content
GmbH, Berlin

DRUCK

Gallery Print GbR, Berlin

AUSFÜHRLICHE INFORMATIONEN

zu unseren Projekten sowie allgemein zu unserer
Strategie, unseren Zielen und unserer Arbeitsweise
finden Sie unter

→ stiftung-mercator.de

ClimatePartner^o
klimaneutral

Druck | ID 10907-1409-1010



MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C100629



Wo verläuft die Grenze unserer Wahrnehmung, unseres Wissens, unserer Vorstellungskraft und unserer Erwartungen? Was trennt Bekanntes von Unbekanntem? Diesen Fragen widmet sich der dänisch-isländische Künstler Ólafur Eliasson seit mehr als 20 Jahren. In komplexen Farb-, Licht- und Bewegungswelten sowie mit aufwendigen Installationen bildet er das Natürliche künstlich nach. Sein Ansatz: Wenn die Grenzen zwischen Kunst und Natur verwischen, hinterfragen die Betrachter ihre eigene Wahrnehmung des Erlebten. Das Bild zeigt eine Flusslandschaft, die Eliasson für die Ausstellung „Riverbed“ Ende 2014 im Louisiana-Kunstmuseum bei Kopenhagen installieren ließ.